

Presseinformation

Pharmazeutische Industrie warnt: Abwasserrichtlinie gefährdet Versorgungssicherheit mit Medikamenten und Wettbewerbsfähigkeit

Die Kommunale Abwasserrichtlinie wird zu finanziellen Belastungen führen, die sich letztlich negativ auf die Versorgung mit Medikamenten auswirken werden.

Wien, 11. Dezember 2025 – Die pharmazeutische Industrie warnt wiederholt davor, dass die kommunale Abwasserrichtlinie in ihrer jetzigen Form die Versorgung mit Medikamenten gefährdet, genauso wie den Forschungs- und Produktionsstandort Europa. Zuletzt hätte es für die EU-Kommission eine Möglichkeit gegeben, die bereits beschlossene Richtlinie überarbeiten zu lassen. Doch dies wurde nicht ermöglicht. Damit bleibt weiterhin zu befürchten, dass die pharmazeutischen Unternehmen den Großteil der Kosten für die Einführung und den Betrieb einer 4. Klärstufe des kommunalen Abwassers zu tragen haben. „Das wäre ein Brandbeschleuniger für den wirtschaftlichen Niedergang Europas und eine Gefahr für die Versorgung mit wichtigen Medikamenten“, warnt Alexander Herzog, Generalsekretär des Pharma-Verbandes PHARMIG ausdrücklich.

Die EU-Kommission hatte zwar, wie im Herbst zugesagt, eine neuerliche Kostenstudie durchführen lassen. Doch diese Studie beschränkt sich auf Kostenanpassungen und Inflationskorrekturen, ohne eine Transparenz zu den zugrunde liegenden Daten zu liefern. Eine umfassende sektorale Bewertung – wie von Mitgliedstaaten und Industrie gefordert – blieb aus. Die Kosten, die auf die Pharma- und Kosmetikindustrie zukommen, reichen je nach Studie von gut einer Milliarde Euro europaweit pro Jahr bis zu 11 Milliarden Euro, wie von der europäischen Vereinigung der nationalen Verbände in der Wasserver- und Abwasserentsorgung (EurEau) errechnet wurde.

„Wir bleiben bei unserer Kritik, dass die zu erwartenden Kosten massiv unterschätzt werden“, so Herzog. Viele Medikamente, besonders Generika und Spezialpräparate, stehen bereits jetzt unter wirtschaftlichem Druck. Zusätzliche Belastungen, wie sie nun bevorstehen, werden zur Folge haben, dass diese Präparate vom Markt verschwinden, wenn ihre Preise nicht erhöht werden können. Dies ist wiederum unter den existierenden Preis- und Erstattungsregelungen kaum oder nur schwer durchzuführen. Dazu Herzog: „Hier herrscht wenig politische Weitsicht und das wird zu einem ernstem Problem für die Medikamentenversorgung werden.“

Bis zuletzt hatte sich die pharmazeutische Industrie dafür ausgesprochen, dass bei einer neuerlichen Kostenanalyse ein innovativer Ansatz gewählt wird, der auch die Auswirkungen auf die Arzneimittelpreise, die Erstattungsrahmen und den Zugang der Patient:innen zu essenziellen Behandlungen umfasst. Eine Forderung, die auch von zahlreichen Mitgliedsstaaten mitgetragen wurde. Selbst EU-Gesundheitskommissar Oliver Varhelyi hatte eine mögliche Anpassung der Richtlinie in den Raum gestellt. „Leider ist man hier nicht mit der notwendigen Besonnenheit vorgegangen. So ist zu befürchten, dass Umweltschutz auf Kosten der Versorgung und letztlich zum Leidwesen der Patientinnen und Patienten betrieben wird“, äußert sich Herzog kritisch.

Rückfragehinweis

PHARMIG – Verband der pharmazeutischen Industrie Österreichs
Head of Communication & PR
Peter Richter, BA MA MBA
+43 664 8860 5264

peter.richter@pharmig.at
www.pharmig.at

Über die PHARMIG: Die PHARMIG ist die freiwillige Interessenvertretung der österreichischen Pharmaindustrie. Derzeit hat der Verband ca. 120 Mitglieder (Stand Dezember 2025), die den Medikamenten-Markt zu gut 95 Prozent abdecken. Die PHARMIG und ihre Mitgliedsfirmen stehen für eine bestmögliche Versorgungssicherheit mit Arzneimitteln im Gesundheitswesen und sichern durch Qualität und Innovation den gesellschaftlichen und medizinischen Fortschritt.